

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 19. Ratssitzung vom 31. Oktober 2018

508. 2018/78 Dringliches Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 28.02.2018: Vorlage eines Berichts zur Reorganisation der Verwaltung

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats die Entgegennahme des Dringlichen Postulats zur Prüfung ab.

Walter Angst (AL) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3799/2018): *Im Vorfeld der Initiative «7 statt 9 Stadträte» diskutierten wir im Hinblick auf das neue Gemeindegesetz in diversen Foren darüber, wie eine Reorganisation der Verwaltung sinnvoll aufgegleist werden kann. Wir wissen, dass der Stadtrat aufgrund des neuen Gemeindegesetzes ein Organisationsreglement erlassen muss und dass auch die Organisation der Verwaltung, unter anderem die Aufstellung der Dienstabteilungen, neu definiert wird. Die SP-, AL- und Grüne-Fraktion präsentieren darum einen Vorschlag zur Reorganisation der Verwaltung. Wir halten es für zweckmässig und zulässig, den Stadtrat zu bitten, dem Gemeinderat seine Überlegungen im Rahmen eines Berichts vorzulegen, bevor er sich endgültig entschliesst. Das ermöglicht eine öffentliche Debatte. Wir stellten fest, dass der Stadtrat der Meinung ist, dass das nicht zulässig sei. Ich hingegen bin der Meinung, dass der Gemeinderat stets die Möglichkeit hat, nach einem Bericht zu fragen. Mit dem Dringlichen Postulat möchten wir eine Diskussion ermöglichen.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Das Parlament kann stets einen Bericht verlangen. Vorschreiben, was in diesem Bericht stehen soll, kann es hingegen nicht. Das wird aber im Postulat verlangt. Richtigerweise wird die Kompetenz für die Organisation der Departemente und die Aufteilung der Verwaltungsaufgaben mit dem neuen Gemeindegesetz dem Stadtrat zugesprochen. Darum lehnt der Stadtrat das Postulat ab, das sehr detaillierte Vorgaben macht, wie die Verwaltung strukturiert werden muss. Das widerspricht der geltenden Kompetenzordnung. Der Stadtrat hielt bereits im Abstimmungskampf zur Volksinitiative «7 statt 9» stets deutlich fest, dass es sein fester Willen ist, die Dienstleistungen der Verwaltung in städtischer Effizienz und der notwendigen und guten Qualität zu erbringen. Darum überprüfen wir laufend die Effizienz und die Qualität der städtischen Leistungen und nahmen Reorganisationen und Restrukturierungen vor, wo dies zweckdienlich war. Diese Praxis wird auch weiterhin bestehen, um eine leistungsfähige und bürgernahe Verwaltung zu bleiben. Das halten wir auch in unseren Strategien fest. Repräsentative Befragungen und das deutliche Ergebnis der Abstimmung zeigen, dass es dem Stadtrat und der Stadtverwaltung gut gelingt, die Dienstleistungen in dieser Qualität für die Bevölkerung und für die Wirtschaft zu erbringen. Das heisst aber nicht, dass nicht aktiv gehandelt werden soll: Wir wollen uns stets diese Frage stellen. Wir werden uns auch in der Novemberklausur mit ihr befassen. Es handelt sich jedoch nicht um die Kompetenz*

des Gemeinderats, wie es das Postulat verlangt, sondern um die des Stadtrats. Unsere Ablehnung ist nicht Ausdruck einer Ablehnung eines Reformwillens, sondern ein Ausdruck für die Respektierung der geltenden Kompetenzordnung.

Weitere Wortmeldungen:

Renate Fischer (SP): Das Postulat verlangt die Reorganisation der Dienstabteilungen, respektive einen Bericht darüber, warum die Dienstabteilungen so gegliedert sind, wie sie sind. Wir stellen uns vor, dass es ein Prinzip sein sollte, dass in der Regel ein Thema pro Dienstabteilung behandelt wird, dass Querschnittsfunktionen einheitlich geregelt werden und dass die Dienstabteilungen nach sachlichen Kriterien auf die Departemente verteilt werden. Wir fordern, dass die historisch gewachsenen Strukturen der Stadtverwaltung überprüft und an die heutigen Bedürfnisse angepasst werden. Im Gegensatz zu «7 statt 9» soll die Reorganisation der Verwaltung aufgrund von inhaltlichen Kriterien erfolgen. Wir stellen uns vor, dass beispielsweise eine Dienstabteilung für das Thema Energie zuständig ist – nicht mehrere Dienstabteilungen und zusätzlich Tochterfirmen. Ursprünglich waren einzelne Dienstabteilungen für Strom, Gas oder Abfall verantwortlich. Damals machte das Sinn, da wenig Berührungspunkte bestanden. Durch technische Weiterentwicklungen bestehen mittlerweile aber Überschneidungspunkte. So sind das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich des Departements der Industriellen Betriebe, Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ) des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements und die Energie 360° AG als ausgelagerte Aktiengesellschaft alle im Bereich der Wärme- und Kälteproduktion sowie in der Stromerzeugung tätig. Zusätzlich ist die 2000-Watt-Problematik im Gesundheits- und Umweltdepartement angesiedelt. Dienstabteilungen in drei Departementen sowie eine Tochtergesellschaft befassen sich alle mit Energie. Diese konkurrenzieren sich trotz durchaus bestehenden Koordinationsbemühungen. Uns ist bewusst, dass stets Schnittstellen zwischen den Departementen bestehen bleiben und auch die Grösse der verschiedenen Departemente muss bei der Reorganisation eine Rolle spielen. Aber der Koordinationsaufwand zwischen den einzelnen Departementen sollte aufgrund der thematischen Zuordnungen in Dienstabteilungen geringer ausfallen als heute. Wir erachten den aktuellen Koordinationsaufwand als sehr hoch. Für grosse Projekte beschäftigen wir einen Projektstab, der zwischen Departementen, Dienstabteilungen und Dritten koordiniert. Vereinbarungen zwischen Dienstabteilungen sind umfangreiche juristische Dokumente, die alles bis aufs Kleinste regeln. Die Gliederung der Departemente befindet sich mit dem neuen Gemeindegesetz in der Kompetenz des Stadtrats. Deshalb verlangen wir einen Bericht, der darlegen soll, was der Stadtrat hinsichtlich der Reorganisation prüfte und aufgrund welcher Faktoren welche Bereiche wie gegliedert werden.

Roger Bartholdi (SVP): Die SVP beschäftigte sich intensiv mit der Thematik. Im Wahlkampf um die «7 statt 9»-Initiative verschloss sich keine Partei vor einer Reorganisation. Mit dem Vorstoss gilt es nun, die Versprechen vom Abstimmungskampf einzufordern und umzusetzen. Wir wollen einen Schritt weitergehen und beantragen eine Textänderung. Wir wollen im ersten Satz des Postulats einen externen Bericht anstelle eines Berichts vom Stadtrat verlangen, da wir befürchten, dass andernfalls ein Gefälligkeitsbericht vorgelegt wird. Abgesehen davon begrüssen wir das Postulat. Die Textänderung

liegt auch im Interesse der Vorstossenden, da mit ihr die gewünschte Qualität gesichert wird.

Matthias Wiesmann (GLP): Es besteht Reformbedarf, was nun zwar nicht durch die Einsparung von zwei Stadträten geschehen wird. Wir unterstützen das Postulat, weil Handlungsbedarf besteht. Eigentlich liegt es nicht in unserer Kompetenz, können aber in unserer passiven Rolle zumindest einen Bericht verlangen. Wir hoffen nun, dass der Stadtrat grundlegende Veränderungen vollzieht.

Severin Pflüger (FDP): Mit seiner Ablehnung machte sich der Stadtrat keinen Gefallen. Das Postulat ist dafür da, eine Sache, die unwidersprochen in der Kompetenz des Stadtrats und der Verwaltung liegt, anhand des Postulatstexts zu prüfen. Postulate dienen Sachverhalten, die sich in der Kompetenz des Stadtrats oder der Verwaltung befinden. Im Abstimmungskampf zur «7 statt 9»-Initiative betonte der Stadtrat stets die Wichtigkeit der Aufgabenüberprüfung. Das Postulat stellt einen Katalog für eine solche Überprüfung dar. Wir erwarten einen Bericht des Stadtrats, der auch begründet, wieso es nicht überall möglich war, Dienstabteilungen für nur ein Thema zuständig zu machen und warum es nicht möglich war, für Querschnittsfunktionen allgemeingültige Regeln zu definieren. Es ist nicht zwingend, dass der Bericht extern erstellt wird. Der Stadtrat ist angehalten, den Bericht zu unserer vollen Zufriedenheit zu erstellen.

Ernst Danner (EVP): Wir begrüßen das Postulat. Es beschreibt allgemeine Grundsätze, wie eine Verwaltung aufgebaut werden muss. Eine Überweisung führt zu einem gewissen Termindruck. Nach 35 Jahren Arbeit in der kantonalen Justiz und Verwaltung, weiss ich, dass wenn etwas erreicht werden will, eine interne Projektgruppe beauftragt wird, die in diesem Fall möglichst von einem Stadtrat geleitet oder zumindest unterstützt wird. Das führt zu Resultaten. Wenn nichts erreicht werden will, dann wird ein externer Bericht von denen bestellt, die die gewünschten Resultate liefern. Darum ist ein interner Bericht sinnvoll, der von kompetenten Leuten in der Verwaltung erstellt werden kann. Der im Postulat gewünschte Personalabbau bei der Zentralverwaltung erstaunt mich. Hier vermute ich, dass tatsächlich eine Verlagerung nach Aussen gewünscht ist. Der Stadtrat wird prüfen müssen, ob das dem Sinn der Sache entspricht.

Markus Kunz (Grüne): Wegen des Passus im neuen Gemeindegesetz stehen wir im Gemeinderat staatspolitisch vor einer schwierigen Situation. Wir sind uns unserer Position bewusst. In jedem Votum ist zu entnehmen, dass der Gemeinderat das Recht hat, dieses Postulat zu stellen und auch Wünsche bezüglich des Berichts zu äussern.

Walter Angst (AL): Das Postulat unterbreitet dem Stadtrat schlichtweg einen Vorschlag. Um das zu erkennen, braucht es keine abgeschwächte Konjunktiv-Formulierung im Postulatstext. Wir nehmen den Textänderungsantrag der SVP nicht an, weil wir wissen wollen, was der Stadtrat machen will – nicht was ein Dritter vorschlägt.

4 / 4

Das Dringliche Postulat wird mit 110 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat